

Stefanie Auer
Fraktionsvorsitzende
für die Grüne Fraktion
im Passauer Stadtrat
94032 Passau



Stadt Passau
Oberbürgermeister Jürgen Dupper
Rathausplatz 2
94032 Passau

Passau, den 17.06.2020

per E-Mail

Antrag

**der Stadträte/-innen Stefanie Auer, Karl Synek, Dr. Achim Spechter und
der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**

Widerruf der Ausnahmegenehmigungen zur Durchfahrt über die Innstadt für LKWs über 7,5 Tonnen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dupper,

wir bitten Sie den nachfolgenden Antrag den Mitgliedern des Ausschusses für
Stadtentwicklung und Mobilität zur Beschlussfassung vorzulegen:

- 1. Sämtliche Ausnahmegenehmigung zur Durchfahrt über die Innstadt für LKWs
über 7,5 Tonnen werden zum nächsten Monatsbeginn widerrufen.**
- 2. Die Stadtverwaltung bittet die zuständige Behörde, das bereits bestehende
Durchfahrtsverbot regelmäßiger zu kontrollieren.**

Begründung:

Neben dem Anger ist die Innstadt der wohl meist geplagte Stadtteil in Sachen LKW-Verkehr. Wegen der Enge der Straßenzüge, vor allem in der Mariahilfstraße und in der Schmiedgasse, ist jede Art von verkehrlicher Entlastung von außerordentlichem Wert. Gerade die großen Lastzüge sorgen immer wieder für einen erheblichen Verkehrsstau. Das hat zur Konsequenz, dass die Luftqualität darunter leidet und auch die anderen Verkehrsteilnehmer*innen zum Teil erheblich behindert werden.

Während der Corona-Krise konnte die Innstadt für circa zwei Monate einmal aufschauen. Die Grenzschießungen führten dazu, dass dieser Stadtteil praktisch verkehrsberuhigt war. Der

grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr wurde offensichtlich um die Stadt herum abgewickelt. Daraus ergibt sich, dass es wohl nicht notwendig ist einen LKW-Zug durch die Innstadt und anschließend über die Grenze nach Österreich fahren zu lassen. Aus diesem Grund sollte der Stadtrat keine Ausnahmegenehmigungen für das Durchfahren der Innstadt mehr zulassen und die bestehenden widerrufen. Dies ist auch im Schreiben des Landesamt für Umwelt vom 07.11.2019 an die Stadt so explizit ausgeführt, in dem es wortwörtlich heißt: „Aufgrund der hohen NO₂-Belastung (in der Mariahilfstraße) sollten verkehrliche Maßnahmen zur NO₂-Verminderung ..überlegt werden – bspw. ein Durchfahrtsverbot für den Schwerverkehr oder eine Zuflussdosierung.“

Außerdem ist es weiterhin angebracht, dass das bereits bestehende Durchfahrtsverbot von der Polizei öfter als bisher kontrolliert wird. Die Stadt sollte hier im engen Dialog mit der zuständigen Behörde bleiben.

Stefanie Auer und Fraktion